

Ein Affront
im Bundestag

VON HAGEN STRAUSS

Der Zuspruch für AfD und BSW vor allem im Osten zeigt, wie stark mittlerweile bei einem Teil der Bürger die Skepsis oder die Ablehnung gegenüber weiteren Hilfen für die Ukraine ist. Da mag es aus Sicht von Sahara Wagenknecht und ihrer Truppe sowie fast aller Parlamentarier der AfD nur folgerichtig sein, der Rede von Wolodymyr Selenskyj im Bundestag demonstrativ fernzubleiben. In Wahrheit aber ist ein solches Verhalten beschämend und ein massiver Affront gegenüber den Menschen in der Ukraine, die unter dem Kriegsterror Wladimir Putins leiden und von denen Tausende im Bombenhagel inzwischen ihr Leben lassen mussten. Auf welcher Seite BSW und AfD stehen, ist damit erneut mehr als deutlich geworden – auf der des Kriegsverbrechers Putin. Selenskyj ist darüber hinweggegangen – was auch sonst. Ihm geht es um etwas anderes. In der Ukraine und im Westen wächst die Kriegsmüdigkeit. Umso eindringlicher waren also die Appelle des Präsidenten, zusammenzuhalten, bei der Unterstützung seines Landes nicht nachzulassen und Europa als Kontinent des Friedens wiederherzustellen. Zu den Bedingungen der Ukraine, versteht sich – und das nicht als geteiltes Land.

Überdies hat der Präsident im Bundestag zu einer Ampelkoalition gesprochen, die ihm zwar anschließend stehend applaudiert hat. Die aber nach der Europawahl näher denn je vor dem Scheitern steht. Und wenn nicht das, so hat sie in der Ukraine-Politik in der Vergangenheit so manches seltsame Schauspiel aufgeführt. Das weiß auch Selenskyj. Zwischen den Zeilen ließ er die Erwartung nach mehr Verlässlichkeit aufblitzen angesichts der europäischen Dimension des Kampfes, den die Ukraine führt. Politisch hat der Präsident im Bundestag Boden gutmachen können. Denn wie sagte Selenskyj auch? „Es ist unser gemeinsames Interesse, dass Putin verliert.“

Zurück zur
Postkutsche

VON ANTJE HÖNING

Das sind schlechte Nachrichten für Verbraucher: Derzeit müssen noch mindestens 80 Prozent der inländischen Briefe am folgenden Werktag ausgeliefert werden, 95 Prozent müssen nach zwei Werktagen beim Empfänger sein. Künftig sollen Briefe zu 95 Prozent erst am dritten Werktag den Empfänger erreichen. Befürworter verweisen auf die sinkende Bedeutung von Briefen und die zunehmende Bedeutung digitaler Post. Das kann keine Rechtfertigung sein: Noch werden Briefe, Postkarten, Einschreiben millionenfach versendet. Wer drei Werktage für einen Standardbrief im kleinen Deutschland braucht, kann auch gleich wieder Postkutschen einsetzen. Rasche Zustellung muss in einem gut organisierten Unternehmen möglich bleiben. Doch die Politik kommt wieder einmal dem ehemaligen Staatskonzern entgegen – und der dankt es ihr, indem er von „erheblichen Schwächen“ bei der Postreform spricht. So wird womöglich die Porto-Erhöhung im nächsten Jahr vorbereitet. Schlechterer Service, immer höhere Kosten – das kann es nicht sein.

Man kann sich nur wundern, welchen Einfluss das Bonner Unternehmen weiter hat. Die Monopolkommission mahnt bei dem mächtigen Staatskonzern immer wieder faires Verhalten an und fordert Dauerschrauben. Sie verlangt insbesondere mehr Wettbewerb und Transparenz auf dem Markt für Geschäftsbriefe. Hier kann die Post ihren Wettbewerbern, für die sie Teilleistungen erbringt, das Leben schwer machen. Auf dem Paketmarkt hat der Online-Händler Amazon mit seinem Lieferdienst der Post Beine gemacht, auf dem Briefmarkt ist das schwieriger. Die Bundesnetzagentur hat 2023 noch eine vorzeitige Erhöhung des Briefportos abgelehnt mit dem Hinweis, die Post mache auch im regulierten Bereich gute Gewinne. Richtig so. Der Ex-Monopolist muss an die Kandare genommen werden – zum Schutz der Verbraucher.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

MEINUNG Skandale scheinen dem Erfolg von Rechtsextremen nichts anhaben zu können. Ist jetzt etwa alles erlaubt? Das fragen sich viele ratlos. Aber darauf gibt es durchaus Antworten - gegen das große Egal ist ein Kraut gewachsen.

Was muss denn noch passieren?

VON MARTIN BEWERUNGE

Enttäuschung, Frustration, Krise – nach der Europawahl herrscht lautstark Katerstimmung in den meisten Parteizentralen. Der Aufstieg der extremen Rechten ist für viele Politiker ein Paukenschlag. Aber wie groß mag erst die Erschütterung von Millionen von Wählerinnen und Wählern im Lande sein, die der Demokratie einen guten Dienst erweisen wollten? Wie mögen sie sich fühlen, die sie mit einer Beteiligung von 64,8 Prozent für den besten Wert seit der Wiedervereinigung gesorgt haben? Bekannt ist, dass Populisten ihre Anhänger besonders gut mobilisieren können, aber vielleicht haben sich gerade deshalb deutlich mehr Menschen zu den Wahlurnen aufgemacht, um dem etwas entgegenzusetzen.

Wie auch immer – wie in ganz Europa fasst sich auch hierzulande der größere Teil des Wahlvolks an den Kopf: Wie ist es möglich, dass eine vom Verfassungsschutz beobachtete Partei, die sich beispiellose Skandale leistet, dennoch derartige Erfolge einführt? Wo ist der moralische Kompass geblieben? Was muss eigentlich passieren, damit es anders kommt? Spielen Inhalte noch eine Rolle? Oder heißt der große Sieger einfach Frechheit? Kurzum: Gibt es überhaupt ein Mittel?

Fast 16 Prozent für die AfD. Selbst intern war von der „Liste des Grauens“ die Rede, die die Partei für das EU-Parlament aufbiete. René Aust, ein Ziehsohn und Helfer des rechtsextremen Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, auf Platz drei, auf Platz 18 Gunnar Beck, der sich als Professor vorstellt, aber nach deutschem Recht wohl keiner ist, Siegbert Droese auf Platz elf, der sich auf einem Foto im ehemaligen Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ im heutigen Polen ablichten ließ, die rechte Hand auf Höhe des Herzens, die Mütze abgenommen. Irmhild Boßdorf auf Platz neun, die „millionenfache Remigration“ fordert. Petr Bystron auf

Platz zwei, gegen den die Staatsanwaltschaft derzeit wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit und Geldwäsche ermittelt. Schließlich Spitzenkandidat Maximilian Krah, dessen Mitarbeiter wegen des Verdachts der Spionage für China festgenommen wurde.

Die Frage, die sich nach der Wahl stellt, lautet deshalb weniger, wie viel die AfD ohne diese Skandale hätte erreichen können. Die Frage ist vielmehr, warum sie dennoch so gut abgeschnitten hat und ob es überhaupt etwas gibt, was dazu führen könnte, dass diese Partei nicht gewählt wird.

Donald Trump, der frühere und womöglich nächste Präsident der USA, hat schon 2016 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Iowa ein Phänomen auf den Punkt gebracht, das auch in Deutschland bei Populisten seines Schlags immer deutlicher zutage tritt. „Ich könnte

mich auf die Fifth Avenue stellen und jemanden erschießen und würde keinen Wähler verlieren, das ist unglaublich.“ Ja, das ist wirklich ungeheuerlich, und zwar deshalb, weil das Undenkbare sich in rasanter Weise der Realität annähert. Aus Nachwahlbefragungen geht hervor, dass 82 Prozent der AfD-Wähler sagen, dass es ihnen egal sei, dass die Partei „in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht“.

Dass dieses große Egal über Engagement zu triumphieren scheint – das ist es, was die Sache für Demokratinnen und Demokraten so bitter macht.

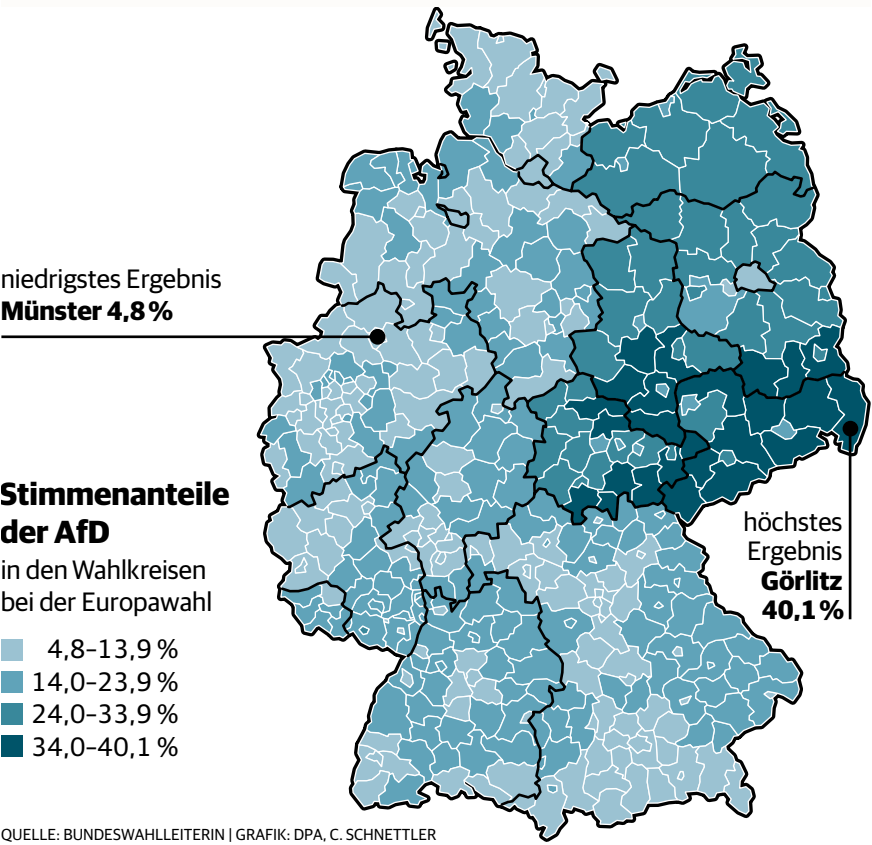
Auch dabei handelt es sich um einen länger bekannten Umstand: Es reicht offenbar, sich darauf zu beschränken, Probleme anzusprechen. Darauf, überzeugende Lösungen zu präsentieren, wird verzichtet. Das wäre auch viel anstrengender. Trumps Republikaner

gleichen schon seit Jahren mehr einer Sekte als einer Partei. Davon scheinen viele Anhängerinnen und Anhänger der AfD nicht mehr weit entfernt.

Die Erschütterung, die der Ausgang der Europawahl hinterlässt, liegt in der Erkenntnis, in welchem Maße inzwischen Tabus gefallen sind, die einmal die politische Kultur in der Bundesrepublik ausgemacht haben. Schlimmer noch: Rechtsextremismus ist auf dem Weg, Teil der Popkultur zu werden, wie sich häufende Vorfälle belegen, bei denen junge Menschen auf Partys zur Musik von Gigi D'Agostinos „L'Amour Toujours“ die unheilvolle Parole „Ausländer raus“ aus voller Kehle singen. Der Skandal von Sylt hat bundesweit Bestürzung ausgelöst, ein Einzelfall ist er nicht gewesen. Rechtsextremismus spricht heute mehr oder weniger deutlich auch aus Kleidungs-codes. Es sind längst nicht mehr Glatzen, Springerstiefel und Bomberjacken, mit denen Gesinnung demonstriert wird.

Wenn jetzt eine Menge Leute in Deutschland denken: Das darf doch alles nicht wahr sein, dann haben sie recht. Gut so. Dieses Störgefühl ist wichtig. Es darf nicht verloren gehen, sondern muss noch stärker werden. Denn es hilft zu erkennen, warum Populismus und vor allem Rechtsextremismus so gefährlich bleiben: Er begegnet einem nicht nur bei Wahlen. Er wird allenthalben im Alltag sichtbar. Er entzweit Freundschaften. Er vergiftet Nachbarschaften. Er spaltet das Land.

Während sich CDU und SPD fragen müssen, wie es kommen konnte, dass so viele Wählerinnen und Wähler bei ihnen schon lange keine politische Meinung mehr finden, wird es in Zukunft in der Zivilgesellschaft umso mehr auf jene ankommen, denen nicht egal ist, wie politische Lösungen für drängende Probleme dieser Zeit auch tatsächlich funktionieren könnten. Und die den großen Vereinfachern entschieden entgegenzutreten. Es ist wahr und gilt für alle: Engagement bleibt die einzige Waffe gegen das große Egal.



WISSENSDRANG

Am vergangenen Freitag wurde das Spiel TSV Blau-Weiß Eggersdorf gegen Union 1861 Schönebeck abgebrochen, weil zehn Jugendliche unter den Zuschauern Gigi D'Agostinos „L'Amour Toujours“ anstimmten und zum Refrain „Ausländer raus“ sangen. Wie soll das weitergehen? Bundesweit herrschen Panik und extremer moralischer Mitteilungsdrang unter Politikern, weil eine ausländerfeindliche Parole zum Partyspaß geworden ist. Das Abspielen der Liebeshymne ist vielerorts verboten worden. Ist der Mangel an Gelassenheit Ausdruck einer tief verunsicherten Gesellschaft, die überall Rechtsextreme wittert? Es ist doch eher unwahrscheinlich, dass die Kraakeeler alle rechtsextrem sind. Zumal die Parole aus den Achtzigern zu

Alles Blöde übt einen Reiz aus

Um „L'Amour Toujours“ herrscht inzwischen Hysterie. Wie soll das weitergehen?



MARIA-SIBYLLA LOTTER

den Neurechten nicht passt. Martin Sellner ist sie zu pauschal. Klar: Russen und Chinesen werden bei der AfD mehr geschätzt als Deutsche. Vermutlich können die Jugendlichen und infantilen Erwachsenen einfach der Versuchung nicht widerstehen, ein Meme auszuprobieren, das sich seit Monaten über Tiktok verbreitet. In Verbindung mit politischer Unkorrektheit übt alles Blöde einen Reiz aus, der durch die öffentliche Empörung über „Volksverhetzung“ noch verstärkt wird. Auch Ausländer grölen amüsiert mit. Wie sollen Verbote und Polizeieinsätze ein Problem lösen, das sich aus der infantilen Lust an der Herausforderung superkorrekter Erzieher speist? Die drastischen Reaktionen mögen zwar die Nüchterneren von öffentlichen Nachahmungen ab-

halten. Letztlich wirken die heftigen öffentlichen Verurteilungen jedoch eher als eine Werbemaßnahme. Seit Pfingsten kennt ganz Deutschland die neue Variante der Hymne. Es reicht jetzt schon, die Melodie von „L'Amour Toujours“ zu summen, um ein provokatives Signal zu setzen.

Was tun? Memes kann man nur mit Memes verdrängen. Eigentlich liegt die Lösung auf der Hand: Die Hymne braucht einen neuen Refrain, möglichst gaga, möglichst anschlussfähig. Ich schlage vor: „Ausländer raus, Ausländer rein“, immer abwechselnd.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.